

kein Pharisäer, sondern der für das wirtschaftliche und soziale Schicksal des deutschen Volkes verantwortliche Mann.“

Am eindrucksvollsten aber war Ludwig Erhards Fernsehauftritt. Noch ehe die Kamera vom diesmal schläfrigen Arrangeur der TV-Runde „Unter uns gesagt“, Kurt Wessel, fort auf Ehrengast Erhard schwenkte, kündete schon blauer Dunst, von links auf Westdeutschlands Bildschirmen gepufft, die Anwesenheit des unsichtbaren Schlot-Ministers.

Trotz angestrebter Bemühungen von drei Journalisten, den Minister immer dann zu unterbrechen, wenn er gerade Fahrt gewonnen hatte, übte Erhard sich vor der Kamera in jener Disziplin, die er — ein Dutzend Jahre Minister Konrad Adenauers — für den Ausdruck höherer Staatskunst halten muß. Er teilte Nasenstüber und Schwinger gegen Kabinettskollegen und Koalitionsgenossen aus, wie es gerade kam:

▷ Über das neugeschaffene FDP-Ministerium „für wirtschaftliche Zusam-

und ich will es auch gar nicht kennenlernen, es interessiert mich überhaupt nicht.“

Nun wären alle diese Urteile gesunden Menschenverstandes zweifellos geeignet, Ludwig Erhards Popularitätskurve wieder einmal anziehen zu lassen, kämen sie nicht von Konrad Adenauers Vizekanzler, der über seinen Chef schon vor zwei Jahren gesagt hat: „Mit dem Mann bin ich fertig“, ihm aber noch immer dient. Von einem Politiker, dem auf der Mattscheibe anzusehen war, daß er sich ständig selbst Mut einredete und daß er die Hiebe nur austeilte, weil niemand da war, sie zurückzugeben.

Erhard, so seufzte Bayerns FDP-Minister Haas nach der Sendung, habe Mut in einer Zeit, die ihn erfordert hätte, vermissen lassen. Er möge daher auch jetzt, wo Mut fehl am Platz sei, darauf verzichten.

„Wir haben“, hatte das Wirtschaftsschweregewicht verkündet, „mit unseren Pfunden noch nicht richtig gewuchert.“

SPIONAGE

Falltöter von rechts

Beim Generalstabsobersten Carl-Otto von Hinckeldey, einem Bürostäbeler aus dem Bundeswehr-Amt in Bad Godesberg, stellte sich Ende vergangenen Monats ein Herr vor, der sich Kühn nannte und auch Papiere vorzeigte, die auf diesen Namen lauteten.

Besucher Kühn legitimierte sich vollends durch eine Frage: Ob sich der Herr Oberst vielleicht noch des Herrn Generals Feuchtinger erinnere?

Den Herrn Kühn kannte Oberst von Hinckeldey nicht, aber der Name Feuchtinger war ihm durchaus geläufig: Im Jahr 1938 hatte Hinckeldey bei der III. Abteilung des Artillerie-Regiments 28 in Düsseldorf am Rhein Oberleutnants-Dienste verrichtet, und der damalige Oberleutnant Edgar Feuchtinger hatte diese Abteilung kommandiert.

Im Krieg brachte es Feuchtinger, der 1935 als Reichswehr-Hauptmann die Organisation der am „Reichsparteitag der Freiheit“ beteiligten Wehrmachtseinheiten hatte lenken dürfen, zum Generalleutnant und Kommandeur der 21. Panzer-Division, mit dem Ritterkreuz geschmückt; Hinckeldey avancierte zum Oberstleutnant im Generalstab.

Nach dem Krieg verloren die beiden Offiziere einander aus den Augen: Feuchtinger wandte sich der Militärschriftstellerei zu; 1956 erläuterte er sogar in der Normandie vor 200 Offizieren aus Nato-Ländern die „Schlacht von Caen“ (siehe Bild Seite 25), wo er im Juni/Juli 1944 mit seiner Division vergebens die alliierte Invasion aufzuhalten versucht hatte.

Hinckeldey spielte den Geschäftsführer in der Wiesbadener „Martini“-Bar seiner Gattin Gusti. Alsdann pachteten die Eheleute, die vor einem Jahr geschieden wurden, das „Hotel Heilquelle“ in Oberlahnstein.

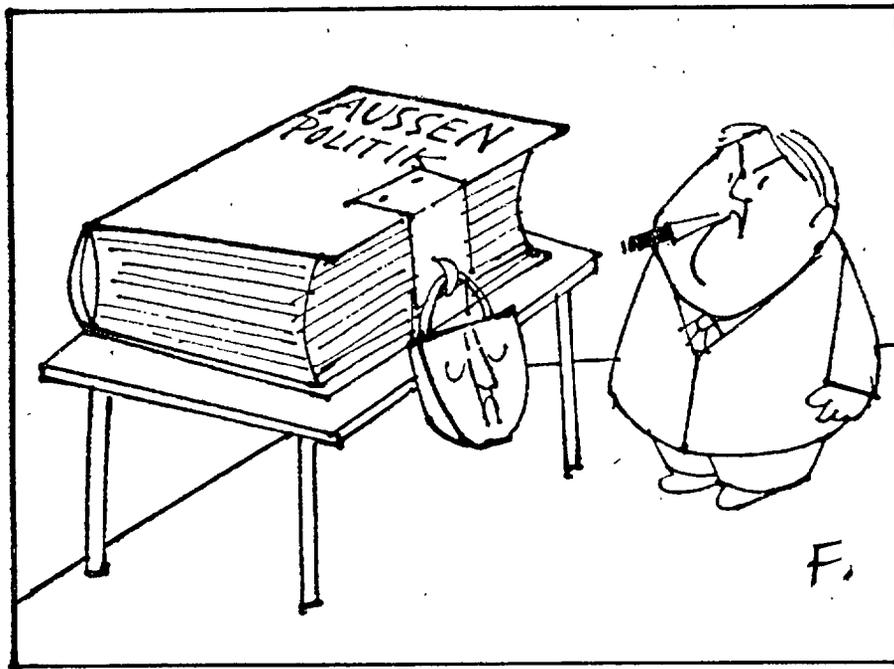
Eines Tages aber sahen Feuchtinger und Hinckeldey einander wieder, und zwar im Bonner Verteidigungsministerium, wo sich der alte Feuchtinger von früheren Waffengefährten mit Unterlagen für eine Tätigkeit versorgen ließ, die er als Publizistik ausgab.

Zu Feuchtingers Lieferanten gehörte auch Oberst von Hinckeldey, damals nun wieder im grauen Rock (der Bundeswehr), wenn auch im Bonner Adreßbuch immer noch als Hotel-Besitzer geführt. Vor zwei Jahren starb der General Feuchtinger.

Kriegs- und Nachkriegskamerad Hinckeldey fragte daher Ende November den ihm unbekanntem Besucher Kühn verwundert, was denn die Anspielung auf den toten Kommandeur Feuchtinger bedeuten solle. Kühn geheimnisvoll: „Ich bin sozusagen sein Nachfolger.“

Generalstäbler Hinckeldey begriff nicht: Kühn zog ein Papierbündel aus der Tasche: Photokopien von Schriftstücken aus dem Verteidigungsministerium, die Oberst von Hinckeldey einst dem General a. D. Feuchtinger für dessen publizistische Bemühungen gegeben hatte.

Altgeneral Feuchtinger, so offenbarte nun Kühn dem Hinckeldey, sei keineswegs nur Militärschriftsteller, sondern auch Mitarbeiter beim Ostberliner Büro des Moskauer „Komitees für Staatssicherheit“ (KGB) gewesen



Nicht für den Dauphin

Die Zeit

- menarbeit“: „Ich persönlich hätte auf dieses Ministerium verzichten können.“
- ▷ Über den Vorschlag des Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß, Westeuropa mit den USA zu einer atlantischen Union zu verschmelzen: „Na, das scheint mir etwas zu reißbrettartig gedacht zu sein. Ich glaube auch nicht an eine atlantische Union im politischen Sinn.“
- ▷ Über den von Franz-Josef Strauß inspirierten und von Erhard selbst in der Regierungserklärung verkündeten Bonner Drang zur atomaren Bewaffnung: „Die taktisch-politische Situation verlangt vielleicht eine etwas andere Behandlung, wie ich meinen könnte“ (siehe Seite 21).
- ▷ Und schließlich über den Koalitionsvertrag mit der FDP, dessen wichtigster Punkt darin besteht, daß Erhard ihn wortgetreu übernehmen soll, wenn er je Kanzler werden muß: „Ich kenne das Koalitionspapier nicht,

Er muß es wissen. „Die einzelnen Seinsbereiche im Leben eines Volkes lassen sich nicht atomisieren.“ Ob Strauß das weiß? Und für den Jung-Außenminister Gerhard Schröder hielt Erhard diesen verquollenen Rat parat: Außenpolitik „hat ihr eigentliches Feld innerhalb der Gestaltung einer Friedensordnung“.

Kurz: Der sowjetischen Aggression und Ideologie „etwas Überlegenes“ entgegenzustellen, das ist — in Erhards politischer Optik — „das, was ich noch in der Politik vermissen“.

Deutsche Fernseh-Zuschauer vermissen an der Optik des Dauphin allerdings noch etwas anderes: Mehr als ein Dutzend Augenärzte und Optiker läuteten nach der Sendung beim Vizekanzler an, nicht um ihm zu huldigen, sondern weil Erhard während des Gesprächs immer wieder seine Brille verschoben oder auf- und abgesetzt hatte. Die Anrufer forderten Erhard auf, sich eine optisch einwandfreie und passende Brille verschreiben zu lassen.

und habe ihn, Hinckeldey, schmähdlich als „Abschöpfungsquelle“ benutzt. Dieser Feuchtinger sei leider tot, aber an Hinckeldeys Hilfe sei dem KGB immer noch durchaus gelegen.

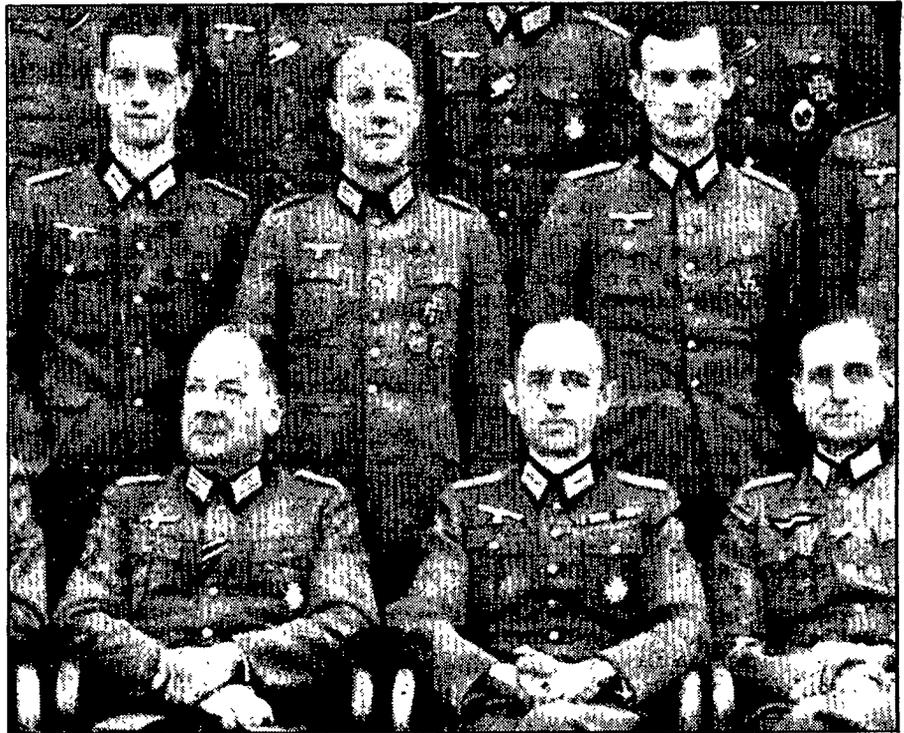
Besucher Kühn beschwichtigte seinen Gastgeber Hinckeldey, ihm, Kühn, behage diese ganze Nachrichtengeschichte überhaupt nicht. Der Kontakt zu Hinckeldey sei sein erster Auftrag, man habe ihn dazu erpreßt, am liebsten möchte er sich enttarnen und der Polizei stellen. Hinckeldey: „Das können Sie haben, ich rufe gleich bei der zuständigen Stelle an.“ Tags darauf ließ sich Kühn in Köln verhaften. Als bald saß auch der Oberst Hinckeldey in Haft.

Straußens Ministerialbeamte waren noch damit beschäftigt, die Affäre Hinckeldey zu bagatellisieren, als in Bonn schon die Kunde von einem zweiten Landesverratsfall umlief. Wiederum spielte ein sogenannter Geheimnisträger der Bundeswehr die Hauptrolle: der Oberregierungsrat Peter Fuhrmann von der Wehrbereichsverwaltung II in Hannover.

Oberregierungsrat Fuhrmann, zunächst Assessor beim Generalstaatsanwalt des Berliner Landgerichts, hernach im Bundesjustizministerium zu Bonn, wo er zum Staatsanwalt aufstieg, und seit Januar 1956 im Strauß-Ministerium, gehörte zu der seltenen Sorte von Agenten, die ohne V-Mann-Apparat arbeiten. Fuhrmann belieferte Ostberlin direkt, und zwar das Ministerium für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg.

Der gelernte Jurist pflegte sein Material einem Kurier anzuvertrauen, der hin und wieder bei ihm einkehrte. blieb der Kurier aus, wußte sich Fuhrmann zu helfen. Er sprach seine Information auf ein Tonband, das er mit der Post nach Berlin schickte.

In diesem Ministerium amtierte ein Mann namens Männel als Chef des Sektors „USA“, der außer dieser offiziellen noch eine inoffizielle, aber nicht minder wichtige Tätigkeit verrichtete: Ost-Männel machte sich nebenher als West-Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA nützlich, dem er unter anderem signalisierte, wann immer das SSD-Ministerium einen



... geheime Informationen: Abwehr-Offiziere Gehlen (unten, M.), Wessel (oben, l.)*

Agenten als „Handelsattaché“ nach Kairo, Conakry oder in eine andere Entwicklungshauptstadt entsandt hätte.

Auch Männel hatte mit Tonbändern zu tun, die er sich im Ostberliner Staatssicherheits-Ministerium auslieh. Eines dieser Bänder erschien dem Doppel-Männel besonders wertvoll: Es war nicht gelöscht, Oberregierungsrat Fuhrmann in Hannover hatte es besprochen.

Nachdem Männel sich vor einigen Wochen in die Bundesrepublik abgesetzt hatte, brachte er den Fall Fuhrmann als Morgengabe mit. So flog, wenige Tage nachdem Oberst von Hinckeldey verhaftet worden war, der Oberregierungsrat Fuhrmann auf.

Von diesen beiden Verhaftungen hatten die bundesdeutschen Gazetten in der letzten Woche rasch Wind bekommen. Einen dritten Spionagefall hin-

gegen konnten die Sicherheitsbehörden zunächst noch geheimhalten.

Die Zeitungen behelfen sich mit Floskeln; die Staatssicherheit gebiete, „auf die Verbreitung von Einzelheiten zu verzichten“ („Frankfurter Allgemeine“) und ließen sich aus Schweden („Deutsche Zeitung“) melden, die Sowjets hätten drei Spione auffliegen lassen, um — rechtzeitig zur Pariser Nato-Tagung — Mißtrauen gegen Bonn zu wecken.

Richtig war immerhin, was Straußens Presse-Major von Raven vor der Bonner Pressekonferenz nicht ohne Behagen zur Kenntnis gab: „Der dritte Mann stammt nicht von uns.“

Das traf dafür wieder auf den vierten Mann zu, der letzte Woche als Ostspion festgenommen wurde: der Bundeswehrhauptmann Peter Laas, 40, der sich beim Wehrbereichs-Kommando II in Hannover, wo auch der Oberregierungsrat Fuhrmann tätig gewesen war, mit der Ausarbeitung von Mobilmachungsplänen beschäftigt hatte.

Der dritte Mann hingegen — Heinz Felfe, Arbeitsname: Friese — gehörte tatsächlich nur mittelbar zur Abwehr des Verteidigungsministeriums. Felfe alias Friese war im Bundesnachrichtendienst (BND) des Generalmajors a. D. Gehlen beschäftigt, der dem Bundeskanzleramt untersteht.

Der Dienst entstand durch Teilung der früheren „Organisation Gehlen“, die sich ihrerseits aus der alten Generalstabsabteilung „Fremde Heere Ost“ unter Abteilungschef Gehlen rekrutiert hatte. General a. D. Gehlen selber richtete den BND ein; sein ehemaliger Gruppenleiter I („Frontlage Sowjet-Union“), der heutige Brigadegeneral Wessel, installierte für Franz-Josef Strauß den Militärischen Abschirmdienst (MAD).

Spion Felfe-Friese, 43, ehemals SS-Obersturmführer (SS-Nummer 286 288, NSDAP-Nummer 3 710 348) im Sicherheitsdienst (SD), war bei Gehlen nominell zwar nur als Hilfsreferent und Regierungsrat auf Probe eingestellt, dabei

* Im Frühjahr 1943 bei Angerburg in Ostpreußen.



Generalleutnant a. D. Feuchtinger: Vom Herrn Kameraden ...

jedoch an der Führung einiger gegen den sowjetischen Nachrichtendienst gerichteter Verbindungen beteiligt. Geheimnisse, in die er dabei eingeweiht wurde, verriet er an den sowjetischen Geheimdienst, teils in mit unsichtbarer Tinte geschriebenen Botschaften an eine Ostberliner Deckadresse, teils bei Treffs außerhalb der Bundesrepublik.

Sowohl der Oberst von Hinckeldey als auch der Oberregierungsrat Fuhrmann waren durch Überläufer aufgebracht worden. Der Regierungsrat auf Probe Felfe alias Friese dagegen fiel haus-internen Nachforschungen zum Opfer. Die Gehlen-Leute waren dahintergekommen, daß die sowjetischen Geheimdienstler stets schon vorher wußten, wie Gehlen von Fall zu Fall ihren Aufklärern nachzuspüren suchte.

Als „Falltöter“ — wie es im Agenten-Jargon heißt — entlarvten Gehlens Hausdetektive schließlich den Heinz Felfe. Sie fanden heraus, daß Felfe die Sowjets stets pünktlich alarmiert hatte, wenn der Gehlen-Dienst sogenanntes Spielmaterial — gefälschte Geheiminformationen — absetzte.

Zusammen mit Felfe wurden zwei weitere Personen festgenommen; die vom sowjetischen Geheimdienst als Kuriere und zu anderen Hilfsdiensten eingesetzt worden waren. Ihre Verhaftung wurde zunächst geheimgehalten.

Im Gegensatz zu Oberst von Hinckeldey, der nicht recht begriff, was mit ihm geschah, und zu Oberregierungsrat Fuhrmann, der mit seinem Agentenhonorar Schulden abdeckte, gab Felfe patriotische Motive für sein landesverräterisches Treiben an:

Der Nachrichten-General Gehlen und seine zu den Amerikanern übergegangene Generalstabsabteilung „Fremde Heere Ost“, so schwadronierte Felfe-Friese bei seiner Vernehmung im SS-Slang, hätten 1945 das Reich verraten. Dafür habe er sich rächen und außerdem „diesmal gleich auf der richtigen Seite stehen“ wollen.

LANDWIRTSCHAFT

GENOSSENSCHAFTEN

Händler-Legen

Seit der Ernährungs-Staatssekretär dreier Bonner Kabinette, Dr. Theodor Sonnemann, Anfang November den Präsidentensessel des Deutschen Raiffeisenverbandes erklomm hat sich der Bauern eine schöpferische Unruhe bemächtigt. Bauernfreund Sonnemann, der im Amt Gelegenheit hatte, die Grenzen der Bonner Subventionswilligkeit abzutasten, gab den Landwirten ein neues Rezept fürs Geldverdienen:

Sie sollten sich in Zukunft nicht mehr darauf beschränken, Ackerbau und Viehzucht zu betreiben, sondern möglichst alle Produkte ihres Fleißes in eigener Regie weiterverarbeiten und schließlich selbst — mit höherem Eigennutzen als bisher — verkaufen.

Auf dem Jahrestag des Verbandes ländlicher Genossenschaften Hannover-Braunschweig referierte der neue Präsident: „Was wir unter einer gesunden Integration auf dem Agrarmarkt verstehen, ist die Bildung von Ketten, bei der der Landwirt entweder selbst die Initiative und die Führung hat oder doch mindestens als gleichwertiger, am wirt-

schaftlichen Effekt voll beteiligter Partner mitwirkt.“

Das große Verdienen an Lebensmitteln nämlich beginnt laut Sonnemann erst bei den „außerhalb des Hofes liegenden Verarbeitungs- und Verteilungsvorgängen“. Zum Beweis der ungenutzten Möglichkeiten führt er an, daß der Erlösanteil der Landwirtschaft an den Verbraucherpreisen in Westdeutschland durchschnittlich bei 58 Prozent, aber beispielsweise in Schweden dank konsequenter genossenschaftlicher Organisation bei 70 Prozent liegt. Sonnemann: „Dieses Beispiel sollte als Wegweiser angesehen werden.“

Freilich spielen die Verwertungsgenossenschaften in der Bundesrepublik nicht gerade eine untergeordnete Rolle. Die Molkereien etwa sind — begünstigt durch das Gesetz über den Verkehr mit Milch und Fetten vom 28. Februar 1951 — zu 82 Prozent in der Hand landwirtschaftlicher Genossenschaften.



Raiffeisen-Präsident Sonnemann
Gewinne erst ab Hoffor

Dadurch fließen vom Endverbraucherpreis für Butter 89 Prozent in die Tasche der Genossenschaftsbauern.

Ähnlich haben sich die Zuckerrüben-Anbauer in die Verarbeitung eingeschaltet. Sämtliche Zuckerfabriken Niedersachsens befinden sich in bäuerlichem Eigentum. Sonnemann lobte denn auch die Rüben- und Butterbauern: „In beiden Fällen sehen wir die Zusammenfassung einer vereinheitlichten standardisierten Produktion auf der Horizontalebene, gekoppelt mit dem vertikalen Aufbau einer Verarbeitungs- und Verteilungskette, bei denen die Initiative, das unternehmerische Risiko, aber auch der Unternehmergewinn beim Bauern liegen.“

Der ehemalige Staatssekretär zeigte Westdeutschlands Bauern, wo seiner Ansicht nach für sie noch viel zu holen sei: In den Marktbereichen Vieh und Fleisch, Eier und Geflügel.

In der Tat sind diese Handelssektoren in Westdeutschland eine Domäne des bauernfremden Land- und Großhandels: Der Anteil der Bauerngenossen am Viehhandel erreicht nur 15 Prozent, ihre Beteiligung am landwirtschaftlichen Eierumsatz zehn Prozent.

Der private Ernährungsgroßhandel aber ist entschlossen, seinen hohen Marktanteil zu halten. Noch ehe Genossenschaftspräsident Sonnemann in Hannover seinen Vorschlag öffentlich verkündete, protestierte der Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels gegen die aufkommende Konkurrenz, „weil zu befürchten ist, daß ... sich erhebliche Gefahren für die bestehenden Unternehmen durch Bildung von Überkapazitäten ergeben“.

Der Geschäftsführer des Groß- und Außenhandelsverbandes, Heinz Mahn, attackierte Sonnemann: „Die Begeisterung für das schwedische Beispiel steht einem CDU-Politiker schlecht an. Man sollte doch nicht vergessen, daß das marktwirtschaftliche Prinzip der Bundesregierung und der sie bildenden bürgerlichen Parteien sich von sozialdemokratischen Programmen durch die Betreuung des privaten Unternehmertums unterscheidet.“

Mahn und seine Händler fürchten nicht zuletzt deshalb um ihre Umsätze und Gewinne, weil die Genossenschaften den Kampf unter ungleich günstigeren finanziellen Bedingungen aufnehmen können. Molkerei-, Viehverwertungs- und Eierverwertungs-Genossenschaften zum Beispiel brauchen keine Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer zu zahlen. Darüber hinaus steht ihnen der eingespulte Kreditapparat der Raiffeisenkassen zur Verfügung.

Überdies wissen die Händler, daß der neue Genossenschaftspräsident sein Programm als bäuerliche Selbsthilfe mit Mitteln des Grünen Plans unterstützt sehen will. Sonnemann: „Vom Staat dürfen wir die Bereitstellung zinsverbilligter Kredite für die Förderung genossenschaftlicher Vermarktungseinrichtungen erwarten. Die Regierungserklärung der vierten Bundesregierung hat in dieser Richtung erfreuliche Klarstellungen gebracht.“

Westdeutschlands Fleischer werden als erste zu spüren bekommen, was der Sonnemann-Plan für das Ernährungs-gewerbe bedeutet. Die Generalversammlung der Westfälischen Central-Genossenschaft zum Beispiel hat bereits beschlossen, in Hamm neben dem städtischen einen eigenen Schlachthof zu bauen und ihm einen bäuerlichen „Vermarktungsbetrieb“, das heißt einen Fleischhandel anzugliedern.

Auch die Schlachtvieh-Importeure werden von dem Händler-Legen nicht verschont bleiben. Seit Anfang Dezember beobachten sie voller böser Ahnungen eine zunehmende Aktivität der Genossenschaften im Importhandel. Sonnemann verlangte zum Beispiel von den Rindereinfuhren aus Dänemark für die Bauerngenossenschaften ein Kontingent von 25 Prozent.

Klagte der renommierte Essener Schlachtviehimporteur Böger: „Warum will Sonnemann nicht gleich nach dem russischen Vorbild marschieren, da ist alles in Staatshand.“